

Cübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktäglichen Bevölkerung

Der „Cübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und in durch die Expedition Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu bezahlen. — Der Abonnementpreis beträgt bei der Lieferung durch die Ausräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgesparten Zeitungen oder deren Raum 60 Pf., Vereinbarungs-, Arbeits- und Webaungsanzeigen 50 Pf., ausdrückliche Anzeigen 60 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, früher, in der Expedition abgegeben werden.

Wöchentliches Publikationsorgan der Arbeit- und Soldatenräte.

Nr. 19.

Donnerstag, den 23. Januar 1919.

26. Jahrg.

Deutschösterreichs Anschluß.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ schreibt über die bürgerliche Opposition gegen den Anschluß Deutschösterreichs an die deutsche Republik:

Den Schwarzgelben ist ein Stein vom Herzen gefallen, da sie vernommen haben, daß sich Herr Pichon, der Minister des Kriegs in Frankreich, gegen den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland ausgesprochen habe. Seit dem Tage, da die Wiener Nationalversammlung verkündet hat, „Deutschösterreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik“, haben sie auf diesen „Einspruch“ der Entente gewartet. Sie haben um ihn gerade gebettelt. Haben sie nicht immer „bewiesen“, die Entente werde den Anschluß nicht erlauben, könne ihn nicht erlauben, wenn sie den Vorwurf nicht gewärtigen wolle, daß das geschlagene Deutschland mit dieser Vermehrung seiner Bevölkerung um zehn Millionen Menschen den Krieg eigentlich gewonnen habe. Es war ein förmliches Flehen um das Verbot.

Nun Pichon das von ihnen ersehnte Wort gesprochen hat, können sie ihre Freude kaum verborgen; am liebsten würden sie Hoch Pichon schreien, hoch dem französischen Radepolitiker, der von den Schwarzgelben die Qual löst, in Deutschland aufzugehen und alle Hoffnung auf Habsburgs Jahren zu lassen! Die christlich-sozialen (klerikal-antisemitischen) „Reichspost“ versichert jogleich, daß man Ehre doch nicht essen könne, und geht mit fliegenden Füßen zu Pichon über: bei dem Anschluß an Deutschland zu beharren, „würde Starrköpfigkeit zur Torheit und zu nationalem Frevel“, also „müssen wir auf den Wunsch des Anschlusses an Deutschland verzichten“.

Nicht das bescheidenste Nachdenken, ob Herr Pichon mit seiner Drohung wirklich im Namen der ganzen Entente redet, ob all das, was die Franzosen in der Höhe ihres Triumphes vorbringen, wirklich schon das letzte und endgültige Wort der Friedenskonferenz sei, auf der doch nicht allein die Franzosen das große Wort führen werden; nein, jogleich und ohne Einschränkung: Wir müssen verzichten.

Wohl haben die Christlich-Sozialen für jedes Grundgesetz gestimmt und bei der Abstimmung sogar Begeisterung gemischt; aber ob das Herz auch blutet, sie sind eben Realpolitiker, und wenn Herr Pichon winskt, bleibt ihnen nichts übrig, als umzusassen.

In jenem Gesetz vom 12. November, in dessen zweitem Artikel Deutschösterreich als ein Bestandteil der deutschen Republik erklärt wird, lautet der erste Artikel: Deutschösterreich ist eine demokratische Republik. Wie rath wären wohl die Christlich-Sozialen bereit, mit „blutenden Herzen“ auch auf diese erste Erklärung zu verzichten, wenn ihnen irgendein Pichon den schändlichen Anschluß böte! Denn an diesem Davonlaufen von Deutschland, weil in Deutschland nicht mehr der Habsburger regiert, an diesem in seinen Verlassen dessen, was sie vor sechs Tagen feierlich bejubeln haben, können die Wähler die Beschaffenheit der republikanischen Gesinnung der Christlich-Sozialen genau erkennen. Sie denken nur an die Wiederauferstehung, auf die Wiedereinführung der verachteten Habsburgerei, und deshalb, weil der Anschluß an Deutschland die Verstärkung der Republik wäre, weil dann für die monarchische Restauration jede Möglichkeit verschwände, sind sie gegen ihn. Wenn nur jemand von der Entente sagen wollte, daß die Republik in Deutschösterreich „illegal“ sei, dann würde man sehen, wie die Christlich-Sozialen bereit wären, ihre Befestigung für die Republik auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern!

Wir haben von der bürgerlichen nationalen Gesinnung, die vor dem Krieg und während des Krieges mit so viel Vom vorgetragen wurde, nie viel gehalten; aber der Erbär in Licht eit, wie sie sich im Spiegel der bürgerlichen Wiener Presse zeigt, hätten wir sie doch nicht jährling gehalten. Was ist anderen Nationen die nationale Einheit? Ein Ziel, für das sie alle Kraft einlegen, das höchste Ziel, für das sie kein Kampf zu lang, kein Opfer zu groß ist, um dessentwillen sie jedes Ungemach auf sich nehmen. Betrachten wir zum Beispiel die Polen, bei denen hundert Jahre die Sehnsucht nach der nationalen Vereinigung nicht ausgelöscht, das Verlangen nach ihr nicht abgeschwächt haben. Ist es vielleicht den Polen im österreichischen Galizien nicht gut gegangen? Sie werden sich in dem eigenen Staate lange mühen müssen, bevor sie eine Stellung erreichen, wie die es war, da sie beinahe die Herren über das gesamte österreichisch-ungarische Wirtschaftsgebiet waren. Was hätte ein Pole geantwortet, wenn man ihn unter dem Vorwand der wirtschaftlichen Vorteile bei Habsburg hätte halten wollen?

Die Cübeder sind in Österreich um ihre nationale Eigenberechtigung betrogen worden; aber daß ihre Verbündung mit Österreich ihrer wirtschaftlichen Entwicklung im Wege gestanden hätte, behaupteten sie selbst nicht. Haben sie geschwankt, ihre ganze Kraft an den selbständigen Staat zu legen? Die Slowenen wenden sich ungestört Belgrad zu, obwohl sie das serbische Übergewicht in Jugoslawia nicht übersehen können. Der Drang nach der nationalen Einheit drängt alle Bedenken zurück.

Nun seht euch aber diese seilen Bürgerlichen Deutschösterreichs an! Jahrzehntelang haben sie das Bündnis mit dem Deutschen Reich angestrebt, das doch für die nationale Einheit nur ein düstiger Erfolg war. Jetzt, wo es in Fleisch und Blut übergehen kann, freilich aber mit der Last des sozialdemokratischen Regimes belastet ist, ist es ihnen der Anschluß an Deutschland der Inbegriff alles Unglücks, das Deutschösterreich treffen kann! Wie haben sie sich an den leeren Worten: Ausbau und Vertiefung des Bündnisses begeistert; nun das Bündnis wirklich ausgebaut werden soll, fliehen sie es wie die Pest! Für das alberne „Mitteleuropa“ schwärmen sie. Ursachen deshalb, weil es ant gegen den Willen von 45 Millionen von 55 Millionen der Bewohner von Habsburgs Küsten durchsetzbar gewesen wäre. Der natürliche Gedanke, daß die verlassenen, vereinigten zehn Millionen Deutschösterreicher, die auf eigenen Füßen nicht stehen können, weil sie keine haben, zum deutschen Volke zurückkehren, der macht ihnen Pein!

Als Österreich noch bestand und die Deutschbürgerschen die Herren und Ausbeuter spielen konnten, mag auch vom deutschnationalen Standpunkt, die Eingliederung der Deutschösterreicher in das Deutsche Reich überflüssig erschienen sein. Aber jetzt, wo wir allein dastehen, ist sie doch das einzige Logische, ja Selbstverständliche! Da sind die lohzig Millionen Deutsche, da die zehn Millionen Deutsche, die gegenüberstehen, sie sind in beiden Reichen frei und brauchen auf keine Dynastie mehr Rücksicht zu nehmen; und da soll es nicht selbstverständlich sein, daß sie sich vereinigen und ihr Leben fortan zusammen führen? Wenn sich an diese Selbstverständlichkeit nun der Zweifel heranmacht, so nur deshalb, weil in dieser bürgerlichen deutschen Welt das fortwährende Prostitionieren die Notwendigkeiten des Volkes längst verdunkelt hat.

Denn es ist nur eine zur Bemächtigung schmutziger Profitinteressen erfonnene Lüge, daß der Anschluß uns schaden würde, der Nichtanschluß uns Vorteile bringen könnte. Wie sollen wir, deren Boden nicht genug Lebensmittel tragen, um die Bevölkerung zu ernähren, aller Rohstoffe beraubt, angeben von lauter Staaten, die uns nur als das Objekt der Befütterung ihres Hochmuts betrachten, zertifizieren in „Länder“, die — das ist ja das erschreckendste — einen innern Zusammenhang gar nicht besitzen, sich nicht einmal als Schlagschlagschaft füßen, wie sollen wir das Elend, das uns umklammert, einschütt, zugrunde richten, wie sollen wir es überwinden, wenn wir der Krüste und des Auskönnung entbehren sollen, die aus der großen Gemeinschaft entstammen, welche uns allein der Anschluß an Deutschland verschaffen kann?

Um den Anschluß an Deutschland zu verhindern, haben sich die Schwarzgelben das Schlagwort von der „österreichischen Föderation“ erfunden, wobei sich das Gefindel, das einstmal für die slawischen Völker nur Worte des Höhnes und der Verachtung auf Lager hatte, nun nicht scheut, bei denen, die sie hinausgeworfen haben, mit Plänen herumzuhause, für die die slawischen Staaten noch nicht die geringste Bereitwilligkeit gezeigt haben. Aber wie wäre diese Föderation beschaffen, wenn wir allein blieben? Was haben wir zu bauen, um verlangen zu können? Und was nützt ein Zoll- und Handelsgebiet, wenn uns die Möglichkeit des Prodigierens unterbunden ist? Und ist ein Zoll- und Handelsabkommen mit fremden Staaten einezureichende Grundlage für die Existenz eines Staates?

Aber was soll das die Schwarzgelben anfechten! Die denken doch nicht an die Notwendigkeit des Volkes, die sehnen sich nur nach dem „kaiserlichen Wien“ zurück, wo man so gut schwärzen könnte, wo es Abel, Titel und Orden gab, wo sich die Finanzbarone mit dem Erzbischof in die Macht setzten, die Weichtüre und die eisernen Kassen die Macht verliehen. Wie soll ihnen denn nicht vor der deutschen Republik grämen, in der die Sozialisten regieren und, vielleicht bald herrschen werden! Die Volksausbeute aller Grade und Arten können das freie Deutschland natürlich nicht vertragen.

Es gibt sozusagen redliche Wiener, denen vor dem Aufgehen in Deutschland bangt. Denen wollen wir sagen, warum wir den Anschluß am notwendigsten brauchen: zur Entsumpfung jenes bürgerlichen Wiens; um diesen feinen Geist zu besiegen, der sich aus der bürgerlichen Presse in den Volkskörper wie ein Gift ununterbrochen ergiebt. Denn allein würden wir diese Herkulesarbeit noch nicht zu leisten vermögen.

Die Nationalversammlung.

Über die Aufgaben und das Arbeitsprogramm der Nationalversammlung wird noch folgendes mitgeteilt:

Die Aufgaben der Nationalversammlung, die am 6. Februar in Weimar zusammentreten wird, sind durch die Bezeichnung als „Konstituierende Nationalversammlung“ gekennzeichnet. Nach dem Zusammentritt wird es die erste Handlung der Nationalversammlung sein, eine provisorische Regierung anzustellen. Die folgende Regierung betrachtet mit

dem Zusamminkten der Nationalversammlung ihr Amt für erledigt. Sodann wird die Verfassungsurkunde beraten, und es wird darüber beschlossen werden. Die jegliche Regierung wird der Nationalversammlung nicht eine eigentliche Verfassungsverträge vorlegen. Der Verfassung wird vielmehr nur als Vorschlag der Entwurf des Reichsvertrages des Innern — das heißt der Preußische Entwurf — zuuchen, der lediglich eine Vorarbeit bedeutet und nur eine Grundlage für die Errichtungen bildet will. Mit der Eröffnung der neuen deutschen Verfassung wird die eigentliche Aufgabe der Nationalversammlung erledigt sein. Die Nationalversammlung hat aber das Recht, sich aus einer konstituierenden in einer konstituierenden Nationalversammlung zu machen. In diesem Durchaus wahrscheinlichen Falle wird sie auch die Steuer- und Finanzreize durch Regelungen regeln müssen. Friedensverträge in einem Staat werden die Nationalversammlung kaum beschließen, da nicht damit zu rechnen ist, daß der Friedenskongress vor Ende Juni oder Anfang Juli zusammenentreten wird. Die preußische Nationalversammlung, für die die Wahlen am kommenden Sonntag stattfinden, wird vornehmlich vorläufig noch nicht einberufen werden. Ihre Einberufung nach Berlin dürfte erst zu erwarten sein, wenn die deutsche Nationalversammlung ihre Arbeiten erledigt haben wird.“

Das Wahlresultat.

Nach den bisherigen Meldungen sind aus 35 Kreisen (ohne Elsass-Lothringen) gewählt:

Deutschationale Volkspartei	37
Christliche Volkspartei	88
Deutsche Sozialpartei	22
Sozialdemokratische Partei	165
Unabhängige sozialdem. Partei	22
Deutsche Demokratische Partei	75
Kleinere Parteien	12
zusammen 421	

Krieg und Kriegsfolgen.

Die deutschen Truppen in der Ukraine. Über das Schicksal der etwa 150 000 Mann starken Truppen bringen Berliner Blätter befragungswürdige Nachrichten. Die Stadt Charkow und mit ihr ihre deutsche Garnison ist von den Soldatenkrisen eingeholt. Die Einigung der ukrainischen Bevölkerung und der Truppen des Okzitoriums gegen die Deutschen ist schützt. Für den Abtransport der 150 000 Deutschen kommt nur noch die Bahnlinie über Kowel in Betracht. Die deutsche Garnison von Kowel ist vor einigen Tagen von Kiew aufgebrochen, um zu Fuß Kowel zu erreichen. Die ganze Bahnlinie von Kowel nach Deutschland läuft sich aber nur dann halten, wenn es gelingt, die Station Kowel fest in der Hand zu behalten. Wenn Kowel nicht mehr in deutscher Hand ist, müssen auch Breslau und die Bahnstrecke fallen.

Bei einer neuen Kriegsfront wird der Soldatenkrieg berichtet der russische Militärtrotz Dr. Dubois nach Kopenhagen. Danach wurden 750 russische Offiziere, die am 27. Dezember von deutschen Gefangenengelagern die Heimreise antreten, beim Überschreiten der russischen Grenze am 2. Januar von Polizeivögeln nämlich ohne vorherige Untersuchungen erschossen, nur weil sie den Offiziersrang hatten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Völkerbundsbildungen für die Mittelmächte.

In einem Interview mit dem Korrespondenten der Associated Press in Paris erklärte Lord Robert Cecil, daß Deutschland, Österreich, Bulgarien und die Türkei dem Völkerbund beitreten könnten, sobald der Bund überzeugt sei, daß sie berechtigt wären, ihren Platz unter den zuverlässigen (trustworth) Nationen der Welt einzunehmen. Als Robert Cecil gebeten wurde, das Wort „zuverlässig“ näher zu definieren, sagte er daß zugleich Deutschlands der Präsident die Unabhängigkeit der Regierung von militärischer Oberaufsicht sein würde. Es wäre klar, daß Deutschland nicht angelassen werden könnte, bevor es Ordnung in das jegliche Chaos geschaffen hätte und bevor man wisse, wie seine neue Regierung aussiehen werde. Bei Österreich liegt der Fall ganz anders. Wahrscheinlich würden sich aus der österreichischen Monarchie getrennte Einzelstaaten entwickeln. Auch hier müßten stabile und zuverlässige Regierungen geschaffen werden, aber es besteht kein Grund, weshalb verschiedene Staaten nicht dem Bunde beitreten könnten, wenn sie sich jeder für sich als dazu geeignet erwiesen haben. Böhmen zum Beispiel weist mehr das Zeichen betreffender Ordnung auf als andere Teile. Bezuglich der Türkei kann man nichts vorher sagen. Wir wissen nicht, wie die Türkei aussehen wird und wie müssen ihre Gebietsregelung auf der Friedenskonferenz abweichen. Aehnlich verhält es sich mit Bulgarien. Wir werden wissen müssen, ob Bulgarien den Gedanken ausgegeben hat, das Preyzen des Balkans zu sein, bevor wir es annehmen.

Die Untersuchung gegen Spartakus.
Durch Aushebung der Spartakusausbebung und eingetragene Verhaftungen sind seit dem 11. Januar im ganzen Land 200 Personen festgenommen worden, von denen bisher ungefähr die Hälfte wieder entlassen worden ist. Die bislangige Untersuchung scheint nach dem "Vorwärts" zu ergeben, daß unter den Führern des Spartakusbundes wenige Schädlinge zu finden sind. Die Leitung des Bundes soll den Bruch mitbilligt und dessen unglücklichen Ausgang vorangegangen haben.

Erichnung eines staatlichen Lohnamtes in Preußen.
In Preußen plant man die baldige Errichtung eines staatlichen Lohnamtes. Die Aufgaben des Lohnamtes sind folgende: Vermittelndes Eingreifen bei Lohnstreitigkeiten, Untersuchung der Normenwidrigkeit der gestellten Ansprüche, Vorbereitung für den allmäßlichen gleichmäßigen Lohnabbau und anderes. In Erwägung gezogen wird als Gegenleistung, die Waren und Lebensmittel einer Preiskontrolle zu unterwerfen und dem Wucher entgegenzutreten.

Der Parteitag der Unabhängigen
weist folgende Tagesordnung auf: 1. Geschäftsbericht der Zentralleitung. (Berichterstatter: Luise Zieg.) 2. Bericht der Kontrollkommission. (Berichterstatter: Wilhelm Bod.) 3. Die Aufgaben der Partei. a) Programm, b) Taktik, c) die Einigkeit des Proletariats. (Berichterstatter: Hugo Haase.) 4. Die Organisation der Partei. (Berichterstatter: Wilhelm Dittmann.) 5. Wahl der zentralen Parteiußanlagen. Die Einigkeit ist bekanntlich schon 1917 vom Würzburger Parteitag der deutschen Sozialdemokratie gefordert, von den Unabhängigen aber mit Hohn und Spott abgelehnt worden. Auch heute denken sich viele Unabhängige die Einigkeit noch so, daß die Mehrheit alle persönlichen und sachlichen Fragen ganz einfach nach dem Diktat der Minderheit regelt. Leider sind die Gegensätze in diesem Augenblick größer, die Leidenschaften stärker ausgeprägt denn je. Eine Milderung wäre nun denkbar, wenn sich eine grundsätzliche Annäherung zwischen den beiden Parteien vollziehe, und diese in wiederum nur dann denkbar, wenn die U. S. P. die demokratische Methode im Kampf um das sozialistische Endziel als die einzige gesetzliche und zweckmäßige erkennt.

Rosa Luxemburg und der Bolschewismus.

Gewiss! Rosa Luxemburg widmet der so trogisch uns Deben gekannteren Rosa Luxemburg in der "Freiheit" einen Artikel, der folgende interessante Stelle enthält:

Als ich sie im März 1918 sprach, stand sie dem Bolschewismus noch sehr kritisch gegenüber, äußerte sie sich über Trotski skeptisch, über Radek in den Tönen schärfer verächtlicher Beurteilung. Auch in späteren Briefen schrieb sie mir, "die unerhörten Gewalttaten und Grausamkeiten der Bolschewiki lassen mich nicht schlafen" — Um so erstaunter war ich, als sie nach ihrer Entlassung aus der Haft sich zu rein bolschewistischen Methoden nicht nur bekannte, sondern sie auch leider zu praktizieren begann.

Es ist ja bekannt, daß Rosa Luxemburg den Ausschluß Rabels aus der politischen Partei wegen finanzieller Schmarotzen vorausgeahnt und auch für seinen Ausschluß aus der deutschen Partei eintrat. Ihre verhängnisvolle Wendung zum Bolschewismus war aber nach Frau Rautskys Darstellung ein Ereignis neuerster Zeit.

Über den Tod Liebknechts

Haben die Kerze ein Guichten abgegeben, aus dem hervorgeht, daß der Verstoßene drei Schußverletzungen erlitten, von denen eine die Lunge und eine das Gehirn durchbohrt hat; der dritte Schuß hat schwere Verletzungen nicht verursacht. Der Tod ist auf die Hirn- und Schädelverletzungen zurückzuführen. Der Schuß durch den Kopf hat zuerst den Scheitel getroffen, ist an der Stirn ausgetreten. Es spricht nichts dagegen, daß die Schüsse in den Kumpf am Rücken eingeschossen und vorne ausgetreten sind. Der Befund unterstellt loger diese Annahme. Die vorgefundene Schädelzerrüttung wird durch den Schuß zusammen erklärt. Anhaltspunkte für eine schwere Verletzung durch stumpfe Gewalt sind nicht vorhanden.

Von der Garde-Kavallerie-Schützen-Division wird hierzu gesagt:

Der Befund hat ergeben, daß die "Sielbekt" ihre Darstellung ohne jegliche Unterlagen aus parteidemokratischen Gründen veröffentlicht hatte. Wie die Division weiß, ist der namhafteste Führer der U. S. P. D. nach der Abdankung lebhaft zu der Überzeugung gekommen, daß die Tötung Liebknechts als Agitationsstoff "leider" nicht länger verwendet werden kann.

Die Sozialisierungskommission.

Über den Fortgang der Arbeiten in der Sozialisierungskommission kann das folgende berichtet werden: zunächst hat die Kommission in einem Beschuß, der seinerzeit der Presse im Vorjahr mitgeteilt worden ist, die Grundlage ihrer Arbeit festgestellt, nämlich darin, daß die Sozialisierung sich vor allem Schematismus frei halten und daß Umgang und Form der Sozialisierung genau den verschiedenen Verhältnissen der einzelnen Industrien angepaßt werden müssen, um die Produktion nicht zu beeinträchtigen. Insbesondere beschäftigt sich die Kommission mit solchen Industriezweigen, in welchen das Wirtschaftsleben zwischen den vorhandenen Anlagen und den Möglichkeiten einer Verbesserung besonders groß geworden ist, so daß der Gedanke eines Eingriffs zum Zwecke der Nationalisierung nahegelegt wird. Im Vordergrund der Erörterung stand die Frage, ob und in welcher Form ein soziales Verwaltungsmonopol möglich und zweckmäßig sei und ferner, ob und bis zu welchem Umfang ein solches mit einem Versicherungszwang zu verbinden sei. Die Herstellerkraft der Kommission wurde jedoch bisher dem vorliegenden Sozialisierungsproblem gewidmet, der Bergbau ist die Ausbildung des Bergbaus. In täglich stattfindenden interterritorialen Verhandlungen mit den Vertretern der Bergbehörden sowie der Bundesstaaten, des Privatbergbaues, der Steigergräf und der Bergarbeiter aus den verschiedenen Russenreisen, Mitglied des Rechtsgenossen, des Kohlengräfhandels und der Kommissionen, wurde nach einem gründlich durchdachten Plan des ganzen Gebiet durchsucht, sodann den Fragen der Abstimmung und möglichst den einzigen Formen der Staatsaufsicht und Betriebsleitung der Arbeiter und Angestellten unserer Leitung und am Gewinn. Die Kommission hat es schon für wichtig erachtet, daß durch einen deklaratorischen Akt das private Kapital an den Boden schlägt zu gebrochen werden. Sie bei dieser dem Rat der Volksbeauftragten den Soldigen Erfolg einer Verständigung empfohlen, durch welche das Eigentum der Nation an den mineralischen Bodenschätzen ausgespannt, die Größe der Betriebsorganisation und der Entwicklungsgesellschaften weiter nach höheren Ausführungen vorbereitet, dagegen die Entwicklung des Staates auf die gesamten technischen und wissenschaftlichen Verhältnisse der Industrie und die Beteiligung der Arbeiter und Angestellten an der Betriebsleitung gesetzlich festgelegt werden lassen. Die nächsten Beratungen werden

den folgenden Gebieten gelten: weitere Zweige des Berg- und Hüttenwesens, Energiewesen (Elektricität und Wasserkräft), Lufthandels und Postwirtschaft, Kommunalverwaltungen und Gewerbeaufsichtswesen (Bauwesen, Apotheken, Läden, Schlachtereien usw.).

In Kielheim ist Generalstreik als Protest gegen die Tötung Liebknechts und Rosa Luxemburgs proklamiert.

In Düsseldorf ist kein Bürgerliches Blatt mehr erschienen. Der Redaktionssitz hat die "Düsseldorfer Nachrichten", nachdem sie einmal wieder erschienen war, erneut verboten.

Die "Bayerische Staatszeitung", das Organ der bayerischen Regierung, wurde gegen den Entwurf der

neuen Reichsverfassung, mit der die Gestaltung eines rein unitarischen Deutschen Reiches erfolge. Neben der verfassunggebenden Nationalversammlung müssten auch die einzelnen Landtage gehört werden.

Dänemark.

Siedlungsförderungen. Die sozialdemokratische Reichsregierung hat sofortige Aufstellung der Eigentumschaften der Kirche und des staatlichen Grundbesitzes zur Ansiedlung von Landarbeitern und Arbeitersiedlungen gefordert. Auch die privaten Großgüter sollen zwecks Ansiedlung eingesetzt werden. Das Eigentumsrecht bleibt dem Staate vorbehalten; gleichzeitig soll eine allgemeine Wohnwertsteuer eingeführt werden.

Rußland.

Die Lage im Baltikum. Schwedische Freimaurer sind unterwegs nach Kurland, jedoch ist zu befürchten, daß sie zuviel kommen werden. Während in Estland die finnischen und estnischen Truppen im Vorhüten sind, geraten Livland und Kurland immer mehr in die Hand der Bolschewisten. Libau wird nicht lange zu halten sein. Die Deutschen ziehen zu Tausenden über See. Schiffe sind genug vorhanden. Die Vertheidigung von Kurland wird zunächst an der Windau versucht, die freimaurischen Truppen werden sich aber wohl auf Tilsit zurückziehen müssen, wo sie sich mit den Hindenburgtruppen vereinigen können.

Schweiz.

Ausgang zum Meer. Von der französischen Presse in Genf begrüßt, ist der schweizerische Bundespräsident Ador in Paris eingetroffen. Es handelt sich bei seinen Beisprechungen mit Poincaré um die Stellung der Schweiz im Völkerbund und um einen Zugang zum Meer für die Schweiz. Diese Fragen sollen bei dem französischen Volke und seiner Regierung volles Verständnis finden.

Belgien.

Das Programm des Wiederaufbaus. Arbeitsminister Ansele hat ein umfassendes Programm für den Wiederaufbau Belgiens entwickelt, dem man Großzügigkeit nicht absprechen kann. Um dem wirtschaftlichen und industriellen Leben Belgiens den alten Aufschwung zu geben, gilt es in erster Linie, die Häfen, die Schifffahrtswege, die Straßen und die Eisenbahnen instandzuhalten. Große Wiederherstellungsarbeiten sind geplant für die Häfen von Gent, Ostende, Zeebrügge und Nieuwpoort. Die Schifffahrtsstraßen sollen unverzüglich wieder benutzt werden, zu welchem Zweck zahlreiche Kunstdämmen der oberen Schelde und der Lys sowie des Gent-Brügger Kanals der Wiederaufbau beziehungsweise Neuaufbaus bedürfen. Ferner soll vor allen Dingen der seit 28 Jahren in Bau begriffene Kanal von Charleroi nach Brüssel energisch zur Vollendung gebracht und dabei u. a. zwischen Brüssel und Clabecq ein riesiges Flughafen angelegt werden, zu welchem 1800 Tonnen Zugang haben sollen. Sehr umfangreiche Straßenbauten in Westflandern und der Aufbau von mehr als Hunderttausend Häusern, vornehmlich in der Operationszone, werden mit möglichster Beschleunigung ins Werk gesetzt werden.

Frankreich.

Zur Auslieferung des früheren deutschen Kaisers geben nun auch die französischen Sozialisten ihre Meinung kund. Marcel Sembat schreibt: Die Aburteilung Wilhelms durch die Gesellschaft der Nationen? Einverständnis! Das Beste wäre meines Erachtens, wenn das deutsche Volk selbst den Kaiser vor sein Gericht ziege. Wilhelm durch die Alliierten aburteilen lassen? Tausendmal Nein! Ein Sieger sieht nicht über einen besiegten zu Gericht. Die Gesellschaft der Nationen, nicht der Verbund der Kriegshelden, sondern die Partei der Neutralen im Völkerbund sollte sich mit dem Fall des deutschen Kaisers beschäftigen. Einzig und allein ein Urteil dieser Art, sofern nicht das deutsche Volk selbst die Verurteilung in die Hände nimmt, wird vor der Geschichte bestehen können. Albert Thomas, der ehemalige Munitionsminister, bewegt sich in ganz ähnlichen Gedanken.

Portugal.

Sieg der Monarchisten. In Portugal ist erneut die Revolution ausgebrochen, die monarchistischen Charakter hat. Vor dem Ablauf in Porto wurde vor der versammelten republikanischen Garde die Monarchie ausgerufen und der Vater König Manuel als Herrscher eingekehrt. Auch in Lissabon wurde Manuel wieder zum König proklamiert. Die Republikaner wurden einberufen, und die auslaugenden Kriegsschiffe erhielten Befehl, wieder nach dem Hafen zurückzukehren. Die republikanische Garde in der portugiesischen Hauptstadt steht auf Seiten der republikanischen Regierung. Den Monarchisten ist es gelungen, sich des dortigen Areals zu bemächtigen. Der Kriegsminister, der sich nach Porto begeben hatte, um die Proklamierung der Monarchie zu verhindern, wurde von den dortigen Truppen festgenommen und erst wieder freigelassen, als er ein Dokument unterzeichnet hatte, daß er sich der Monarchie anschließe. Der König und sein neues Ministerium haben die offiziellen Gebäude in Porto besetzt. Die Grenzen werden scharf überwacht, um den Abzug der Republikaner zu verhindern.

England.

Im der englischen Maschinenbau-Industrie Streiken 15 000 Männer und Frauen. Die Veranlassung gab die Aussage, die die Arbeitgeber der neuen Regelung der 47-Stunden-Woche gaben.

Indien.

Streik. In Bombay ist ein Streik von 20 000 Fabrikarbeitern ausgebrochen, der größte in der Geschichte Englands.

Kleine politische Nachrichten.

Das "D. L." meint, daß die Polen in Posen sieben Festen, die sie als Geiseln fortgeschleppt hatten, erschossen haben. Es sind darunter vier Soldaten. Die Untersuchung der Leichen hat unmenschliche Misshandlungen ergeben.

Der Untersuchungsrichter bei dem Berliner Landgericht I hat einen Haftbefehl gegen den früheren Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn, „jetzt unbekannter Anenthalts“, erlassen.

In Solingen ist die unabhängige "Bergische Arbeiterstimme" von den Engländern besiegelt worden. Die Redakteure wurden verhaftet.

In Kielheim ist Generalstreik als Protest gegen die Tötung Liebknechts und Rosa Luxemburgs proklamiert.

In Düsseldorf ist kein Bürgerliches Blatt mehr erschienen. Der Redaktionssitz hat die "Düsseldorfer Nachrichten", nachdem sie einmal wieder erschienen war, erneut verboten.

Die "Bayerische Staatszeitung", das Organ der bayerischen Regierung,

hat einschneidende Folgen gezeitigt. Das Geschäftsleben wurde stark beeinträchtigt. Ein großer Teil der Geschäftshäuser und Veräußerungsläden mußte seine Pforten schließen. Auch in den Regierungsbüros mußte der Dienst unterbrochen werden. Belebte Verkehrsstraßen lagen ganz im Dunkeln. Durch die Einstellung des Straßenbahnbetriebs, die eine notwendige Folge des Streiks war, konnten Tausende von Menschen ihre oft ferngelegenen Wohnungen nur mühsam erreichen. Selbst die Feuerwehrwachen waren ohne Licht. Der Telefon- und Telegraphenverkehr war vielfach unterbrochen.

Infolge des Streiks mußten gestern viele hundert kleinere Betriebe stillstehen, da die maschinelle Einrichtung dieser Betriebe von dem elektrischen Strom abhängig ist. Auch die Geschäfte waren in einer recht üblichen Lage. Die Lichtnot hatte auch eine Handvoll Kerzen und Taschenlampen zur Folge. Diese ohnehin knappen Beleuchtungsmittel erzielten Rekordpreise.

Der Fernsprechverkehr war für sämtliche Berliner Fernsprechhäuser gesperrt. Diese Maßnahme erhält sich aus der technischen Anlage. Auf den Berliner Umentern, wo fast 300 000 Anschlüsse zusammenlaufen, ist es selbstverständlich nicht möglich, einen Betrieb mit den früher üblichen Batterien aufrechtzuerhalten. Die Omnibusse wurden an den Haltestellen gestoppt. Unzählige Kreiser, Rollwagen, ja sogar Leiterwagen, die zwischen bestimmten Stadtteilen einen regelmäßigen Pendelverkehr aufgenommen hatten, beförderten für einen Fahrpreis von durchschnittlich 1 Mark Personen.

Über die Forderungen wurden Verhandlungen geflossen. Wie der Sprecher der Arbeiter ausführte, bestanden bisher 15 Gruppen der Arbeiter, die antragsgemäß auf 4 Gruppen zusammengezogen werden sollen. Während bisher der Höchstlohn in vier Jahren erreicht wurde, wird jetzt gefordert, daß er bereits nach einem Jahre gezahlt werden soll. Gelernte Arbeiter erhalten bisher Stundenlöhne von 2,06 Mark, ungelerte solche von 1,50 Mark bis 1,88 Mark. Die neuen Forderungen lauten:

Gruppe 1: Gelernte Arbeiter in selbständiger, verantwortungsvoller Stellung	2,85 M
Gruppe 2: Heizer, Maschinisten usw.	2,75 -
Gruppe 3: alle übrigen Arbeiter	2,65 -
Gruppe 4: Jugendliche Arbeiter und Frauen	1,85-2,00 -

Die bisher gezahlten Leuerungszulagen werden einstweilen fallen gelassen.

Gestern nachmittag zogen sich die Direktoren der Elektrizitätswerke mit der Lohnkommission der Arbeiter zu einer besonderen Beratung zurück, die eine gegenseitige Annäherung beider Parteien bezweckt. Wie wir erfahren, sind die Arbeitnehmer zu dem Entschluß gekommen, von den Höchstlöhnen jeder Gruppe 20 Pfennig nachzulassen. Diese Übereinkunft soll aber einstweilen nur als Provisorium gelten bis zum Abschluß des Tarifvertrages. Die Beratungen des Schiedsgerichtes sind noch nicht beendet.

Wirtschaftliches.

Der Streik in den Kohlengebieten.

Am Dienstag streikten in Oberelsien rund 70 000 Bergarbeiter von insgesamt 150 000. Von den Gruben liegen etwa die Hälfte, darunter meist die kleineren, völlig still. Auf anderen Gruben ist die Schicht teilweise eingefahren. Auf einigen wird voll gearbeitet. Unter der Arbeiterschaft hat sich insfern ein Unschwung vollzogen, als die Forderung der 800-Mark-Prämie fallen gelassen worden ist. Darüber verlangt man jetzt die Bezahlung der letzten drei Sitzes.

In den rheinisch-westfälischen Kohlengebieten sind 10 652 Wagen (gegen normal etwa 25 000) verladen worden.

Nur noch 12 Schnellzüge in Deutschland.

Zu der bereits gemeldeten beträchtlichen Einschränkung des Zugverkehrs wird amtlich gemeldet: Obwohl der Verkehr der Personenzug- und Schnellzüge schon bisher zum Nachteil aller, die auf die Nutzung der Eisenbahn angewiesen sind, überaus stark eingeschränkt war, so sieht sich die Staatsseisenbahnverwaltung doch gezwungen, abermals mit weiteren empfindlichen Einschränkungen im Personen- und Schnellzugsverkehr vorzugehen. Sie treten bereits am 23. Januar in Kraft. Vom 23. Januar ab werden im ganzen Deutschen Reich kaum noch ein Dutzend Schnellzüge verkehren. Grund zu dieser schweren, für das ganze Wirtschaftsleben äußerst nachteiligen Maßnahme ist in erster Linie die unaufhaltsame Abgabe leistungsfähiger Lokomotiven an die Ententemächte. Außerdem erhöht sich die Zahl der schadhaften Lokomotiven infolge geringer Arbeitsleistungen der Werkstätten von Tag zu Tag in erstaunlicher Weise. So sehr das Wirtschaftsleben nach Besserung drängt, ist sie nur möglich, wenn die Ententemächte bei der Übernahme der Betriebsmittel billige Rückzahlungen lassen lassen, und wenn die Arbeiterschaft in den Reparaturwerkstätten die Wiederherstellung der schadhaften Lokomotiven und Wagen mit allen Mitteln betreibt.

Man beginnt dann auch zunehmend im deutschen wie im polnischen Lager die Haltlosigkeit der geschaffenen Situation einzusehen. Insbesondere ist man zu der Überzeugung gekommen, daß das System der Geiselbefreiung verfehlt sei. Von deutscher Seite ist bereits der Wunsch ausgesprochen, dieses System aufzuheben.

Schon im Interesse einer gerechten Nahrmittelverteilung ist es besonders für Deutschland wichtig, zu einer Verständigung zu kommen. Dieses Bestreben nach einer Verständigung fällt in der letzten Zeit auch bei den Polen auf fruchtbaren Boden. Man steht auf den Standpunkt, daß man eine Demokratisierung schaffen soll, auf deren östlicher Seite die Polen, auf deren westlicher Seite

Aufruf!

In großer Zahl sind schreibgewandte handels- und Bureauangestellte ohne Stellung. Ihnen, besonders soweit sie Kriegsteilnehmer sind, bis zur Erlangung einer festen Stellung Beschäftigung und angemessenen Verdienst zu bieten, ist Aufgabe der

öffentlichen Schreibstube.

Die Schreibstube kann diese Aufgabe aber nur erfüllen, wenn sie durch Erteilung von Aufträgen unterstützt wird.

Daher ergeht an die Kaufmännischen und sonstigen Betriebe, an Vereine, an Schriftsteller und an alle sonstigen Stellen und Personen, die Schreibaufträge zu vergeben haben, die dringende Bitte:

Erteilt Eure Aufträge

der

öffentlichen Schreibstube,

Untertrave 104, im Arbeitsamt, Fernsprecher 1055—1061.

Geschäftszeit von 8—1 und 3—6 Uhr.

Die öffentliche Schreibstube ist einer tüchtigen, fachmännischen Leitung unterstellt und bietet daher für zuverlässige, fadellose Ausführung aller Aufträge volle Gewähr.

Die öffentliche Schreibstube übernimmt insbesondere:

1. Herstellung von Reinschriften, auch wissenschaftlicher Arbeiten, Reinschriften von Kostenanschlägen, Urkunden usw.
2. Versandserfahrene Ausführung jeder Art Geschäftsempfehlung, einschließlich Ausstreichen von Adressen, Falzen, Einlegen usw.
3. Buchhaltungsarbeiten.
4. Verwaltungserbeiten aller Art in Hand und Maschinenschrift.
5. Anfertigung von Plakaten.
6. Einkassieren von Geldern, Auszügen von Zeitschriften usw.
7. Überweisung von Hilfskräften für Schreib-, Bureau-, und Kontorarbeiten zur Aushilfe.

Der Ausschuß für die öffentliche Schreibstube

Direktor Dr. Link, Vorsitzender.

Direktor Carsens, Kaufmann P. N. Hinckeldeyn, als Arbeitgebervertreter.

Prokurist Gumiaw, Bankbeamter Pauels, als Arbeitnehmervertreter.

Diesen Aufruf unterstützen aufs Wärmste

Das Arbeitsamt.

Senator Dr. Neumann, Vorsitzender

Die Handelskammer. Die Gewerbeakademie.

Herrn. Eschenburg, Dr. Wallroth, Georg Ihode, Dr. Allendorf, Präses. Syndikus. Vorsitzender. Konsulent.

Kriegsbeschädigte, Kriegsteilnehmer!

Kameraden!

Wollt Ihr Eure Rechte vertreten wissen? Dann erscheint in Massen in der

öffentlichen Versammlung

am Sonntag, dem 26. Januar 1919, vormittag 10 Uhr
im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Referent: Kommerz J. Giers, Lübeck. „Was wir tun und was wir wollen.“ Referent Dr. Kretschmer, Lübeck. „Die Kriegsteilnehmer.“

Vortragsabend über die Beratung der Töchter.

Donnerstag, d. 23. Jan., 7 Uhr, in der Aula der Ernestinumsschule.

Kr. Bartels: Die Bedeutung der Beratung.

Kr. Momms: Handelswirtschaftliche Berate.

Kr. Lüdemann: Gewerbliche Berate.

Kr. Friesemann: Kaufmännische Berate.

Kr. Töller: Pädagogische und Pflegerische Berate.

Kr. Seelwächter: Ueber einige neue Frauenerate.

Unterlagen werden beantragt.

Junge Müttern, die vor der Beratung stehen, Eltern, Freunde und Freunde der Sothe sind freudig erwartet.

Der Ausschuss für Beratungsrat.



Meitz-Ballhau-Verlag.
Druckerei, Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Freitag, d. 24. Januar

abends 7½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50—52.

Zusageordnung:

1. Abrednung.

2. Wahl des Vorstandes.

3. Wahl von Senaten.

4. Berichtsgelegenheiten.

Der Vorstand.

geschnitten in Längen von 20 cm
zu 7.— Mk. pr. Ztr.

ab Kahn an der Puppenbrücke zu verkaufen.

Albert Busch, Kohlenhandlung

Adlerstrasse 16.

An die Bevölkerung Lübecks!

Aus kriegswirtschaftlichen Gründen waren die Betriebe der unterzeichneten Bäcker, die zur Verteidigung ihres Vaterlandes zur Fahne einberufen waren, stillgelegt worden. Gern und willig haben die Unterzeichneten nicht nur die ihnen auferlegten persönlichen Opfer getragen, sie haben auch Geduldig die Schäden und Verluste auf sich genommen, die ihnen durch die Stilllegung ihrer Betriebe erwachsen; sie taten dies in der festen Hoffnung darauf, daß die Bevölkerung ihnen Dank dafür wissen werde, wenn sie ihren Beruf wieder aufzunehmen imstande sein würden. Das ist jetzt der Fall: Durch Entgegenkommen der Behörden sind den Unterzeichneten Mehl und Kohlen geliefert worden, um ihre Betriebe wieder eröffnen zu können.

Aber es fehlt an Absatz!

Die frühere Kundschafft hat sich im Laufe des Krieges anderswohin gewandt; neue Abnehmer wollen erst wieder erworben werden.

Die Unterzeichneten richten daher hiermit an Lübecks Bevölkerung die inständige Bitte um wohlwollende Unterstützung ihrer Bemühungen um Wiederaufzürzung ihrer Erwerbstätigkeit. Sie appellieren an den Gemeinsinn Lübecks mit der Bitte:

Kauft Euer Brot bei uns Kriegsteilnehmern!

Innere Stadt:

Fr. Kruse, Wahnsstr. 27.

A. Schliemann, Rosengarten 2.

Ernst Schmidt, Glockengießerstr. 42.

Burgtor:

Ferd. Probst, Loignystr. 14.

Heinr. Tamm, Werderstr. 28.

Holstentor:

J. Bargholz, Friedenstr. 86.

Anton Böckler, Friedenstr. 48.

D. Bornemann, Schwartz. Allee 16a.

H. Heinemeier, Ziegelsestr. 10.

P. Lohse, Hansastr. 37.

Ad. Metelmann, Flüchtlingstr. 19.

Hugo Süfke, Meiersstr. 39.

Hugo Waack, Schwarzauber Allee 183.

Hüttertor:

W. Reimer, Altendorfstr. 26.

St. Jürgen:

Amandus Behncke, Kahlhorststr. 47a

Marmorsaal.

Sonntag, den 26. Januar

abends 8 Uhr: (8345)

Siebente Wiederholung.

Bunter Ernst-Albert-Abend

Vorverkauf: Musikalienhändl.

Erlust Robert, Breite Str. 29.

3.—2.—1.—M.

Hansa-Theater.

Donnerstag, abends 7 Uhr:

Der verliebte Herzog.

Hofmarschall Nepomuk:

Edgar Pauly als Gast.

Freitag:

Die lustige Witwe.

Myagus: Edgar Pauly als Gast.

Sonabend: (8336)

Der verliebte Herzog.

Stadttheater Lübeck.

Spielzeit 1918/19.

8848

Donnerstag, den 23. Januar.

für die Schauspielgemeinde.

Gebe Karten.

Die Lokalbahn.

Die feurige Mette.

Freitag, den 24. Januar:

Die Zauberflöte.

Sonnabend, den 25. Januar:

Der Zigeunerbaron.

Sonntag, den 26. Januar:

Vormittags 11 Uhr

Kammerspiele.

Die Marquise.

Tempel der Erinnerung.

Nachmittags 3 Uhr:

Im weißen Rößel.

Abends 7 Uhr:

Die Zauberflöte.

Beilage zum Lübecker Volksboten

Donnerstag
den 23. Januar 1919

Regelung der militärischen Kommandogewalt im Friedensheer.

Unter Zustimmung der Reichsregierung und des Zentralrats der Arbeiter- und Soldatenräte hat das Kriegsministerium die Kommandogewalt und Stellung der Soldatenräte im Friedensheer vorläufig geregelt.

Die oberste Kommandogewalt hat der Rat der Volksbeauftragten. Er überträgt sie dem preußischen Kriegsminister, der ihm für die Kommandoführung verantwortlich ist. Alle militärischen Dienststellen Preußens und des gemeinsamen Reiches unterstehen ihm. Die Truppenführer üben die Befehlsgewalt aus; sie sind der Reichsregierung und ihren unmittelbaren Vorgesetzten verantwortlich. Bei Generalstabskommandos, Garnisonkommandos, Regimentern, selbständigen Bataillonen und ihnen gleichgestellten Formationen sind Soldatenräte zu wählen. Sie überwachen die Tätigkeit ihrer Führer hinsichtlich etwaiger Missbrauchs der Dienstgewalt gegen die Regierung. Bei der allgemeinen Anordnung, betreffend die Fürsorge für die Truppen, soziale und wirtschaftliche Fragen, Urlaub und Disziplinarischen wirken sie mit und zeichnen mitverantwortlich. Rein militärische Beschlüsse, betreffend die Ausbildung, Führung und Verwendung der Truppen bedürfen keiner Gegenzeichnung des Soldatenrates. Bei kleineren Einheiten (Kompanien) und nicht selbständigen Bataillonen usw. wirken Vertraulangleute nach näheren Anordnungen des Führers und des zuständigen Soldatenrates mit. In der Wahl der Soldatenräte nehmen alle Angehörigen der betreffenden Formationen teil. Bei strafbaren Handlungen in Ausübung ihrer Tätigkeit als Soldatenrat wird das Strafverfahren wie bei andren Heeresangehörigen gehandhabt, ebenso ohne weiteres bei Dienstvergehen außerhalb ihrer Tätigkeit als Soldatenrat.

Die Stellenbesetzung ist Sache des Kriegsministeriums. Die Soldatenräte melden ihrer nächsthöheren Dienststelle spätestens nach vier Wochen mit einer Begründung, ob der Führer das Vertrauen der Angehörigen der Formation besitzt. Sie können die Absetzung beantragen. Die Entscheidung trifft der nächsthöhere Führer, leichten Endes die Regierung. Gegen die Entscheidung steht dem Soldatenrat und den Betroffenen die Berufung zu Unteroffiziere und Mannschaften können als Zugführer in Offiziersstellen gewählt werden. Sie müssen im Felde eine gleichartige oder nächst niedrigere Einheit mindestens sechs Monate lang einwandfrei geführt haben und bedürfen der Bestätigung durch das Kriegsministerium.

Der Beschwerdeweg jedes Heeresangehörigen an seinen Soldatenrat darf durch keinen Befehl versperrt werden.

Die bisherigen Achselstücke und Tressen sind von den im Felde gewesenen Offizieren, Sanitätsoffizieren usw. und Unteroffizieren nach der Rückkehr in den Standort, von den anderen sofort abzulegen, die Schulterklappen der Unteroffiziere und Mannschaften, sobald vom Kriegsministerium andere Abzeichen eingeführt und beschafft sind. Diese Kennzeichnung gehört zur Uniform. Im Felde (Grenzschutz) dürfen die alten Abzeichen aufgetragen und die neuen Abzeichen nicht ausgeschlossen werden. Als Gradabzeichen legen die Offiziere und Sanitätsoffiziere am linken Unterärmel, die Unteroffiziere am linken Oberärmel dunkelblaue Tuchstreifen an.

Als Seitenwaffe wird nur das kurze Infanteriefeuergewehr übergehnahlt, nur im Dienst und auf dem Wege zum Dienst und vom Dienst. Schußwaffen werden im Standort nur auf besonderen Befehl getragen. Über 25 Jahre altes Dienstalter dürfen ihre bisherige Seitenwaffe am alten Koppel weitertragen. Am Freizeitstreifen der Mütze wird die Kokarde in den Landesfarben getragen.

Friedensorden werden im Dienst nicht getragen. Im Kriegserworbene Orden und Ehrenzeichen, ferner Rettungsmedaillen, Dienstehrenzeichen, Verwundetenabzeichen und Fliegerabzeichen und anderes dürfen in und außer Dienst getragen werden.

Untergebene und Vorgesetzte haben sich gegenseitig zu grüßen. Jüngere und im Dienstgrad niedere haben den älteren zuvorzukommen. Die Grubpflicht ruht in größeren Städten in begrenzten öffentlichen Räumlichkeiten und innerhalb aller Menschenansammlungen. Nöheres ist von den örtlichen Dienststellen zu regeln! Frontmachen, Stillschören und Vorbeigehen in gerader Haltung sind abgeschafft.

Mutterfreuden.

Roman von H. Salomon.

"Mit dem Rest von zwanzigtausend Mark," fuhr Friedel fort, "würde ich dann den Hof etwas erweitern und hauptsächlich einige moderne landwirtschaftliche Maschinen anschaffen, um mit diesen den Betrieb noch intensiver auszunützen zu können. Ihr solltet doch einmal die praktischen Amerikaner sehen, wie die ihr Land bestellen. In derselben Zeit, in welcher hier eine gewisse Fläche über von vier Personen und vier Pferden in fünf Tagen bestellt wird, macht das der Amerikaner mit seinen Maschinen und der Hilfe von zwei Menschen in zwei Tagen. Dabei herrscht hier im Sommer auf dem Lande eine fröhliche bis achtzehnständige Arbeitszeit, während dort drüben im Höhstalde nur zehn bis elf Stunden gearbeitet werden. Und doch ist die Beschafftheit des Bodens eine ganz gleiche. Warum dann das also nur liegen? Doch einzig und allein an der Arbeitseinteilung. Wenn ich dann in den ersten Jahren einsehe, daß meine Berechnung eine richtige war, dann will ich mein Ideal in der Bewirtschaftung eines großen gemeinschaftlichen Gutes zu verwirklichen versuchen."

"Du wolltest doch etwa den Hof nicht auseinanderreissen?" fragte ängstlich die Bäuerin.

"Im Gegenteil," lächelte Friedel. "Ich hoffe, ihm später bedeutend zu vergrößern. Mein Streben geht dahin, recht viele Menschen durch gemeinsames, verständiges Handeln und freudige Arbeit glücklich zu machen. Um das zu erreichen, müßte ich freilich mir erst zusagen, die Leute dazu erziehen: ihr Interesse für meine geplanten Bauerngenossenschaften, in der gleichmäßig die Größe des Grund und Bodens verteilt würden, müßte geweckt werden, damit ein einheitliches Ganzes zustande kommen könnte. Ebenso müßte der Viehzucht, die hier in Deutschland noch viel zu wenig rationell betrieben wird, bedeutend mehr Aufmerksamkeit zugeschenkt werden. Und dass ich größere Obstplantagen anlegen würde, wäre ja selbstverständlich, da das mein ganz spezielles Bedeut ist. Zur Durchführung meines Plans würde mir die nun bald fertige Bahn von sehr großem Nutzen sein. Denn nicht allein, daß der Absatz unserer Produkte viel besser und billiger stattfinden kann, und auch alle zu gebrauchenden Materialien und namentlich die hier so schwer zu beschaffende Kohle werden uns treffliche Dienste leisten. — So steht denn mein Plan fest und fertig vor euch und möchte ich gerne hören, wie ihr darüber denkt."

"Nun Karl," sagte freudig Bertha, ihm die Hand hinhaltend, "an mir soll es nicht liegen, wenn dein grösster Wunsch nicht Erfüllung geht. Fest und treu will ich stets zu dir halten! — Ich schaue auf die Bäuerin wendend, wie stets mit dir, liebe Mutter!"

Vorbereitung der Sozialisierung des Bergbaues in Westfalen.

In der Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte des rheinisch-westfälischen Industriebezirks, in der Regierungsvertreter Unterstaatssekretär Giesbert und Professor Wilbrandt zugegen waren, wurde folgende Entschließung angenommen:

Die Konferenz hält fest an dem Sozialisierungsbeschluß der Konferenz vom 18. Januar 1919. Die von der Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte des rheinisch-westfälischen Industriebezirks am 18. Januar auf Vorlosung der drei sozialistischen Vertreter eingesetzte Neunkommission bleibt bestehen. Die von der Regierung eingesetzten Kommissare, ein Reichskommissar und ein Staatskommissar, arbeiten in Übereinstimmung mit der Kommission. Die Regierungskommissare und die Neunkommission bilden den Zentralausschuß für die Sozialisierung. Von diesem Zentralausschuß sind unverzüglich Unterstrukturen für die Kontrolle der Werke und Betriebsgesellschaften für Bergbauprodukte einzurichten, besonders für die Reinebung der Tonminerale. Die Konservativen haben das Recht und die Pflicht, nach Bedarf reichmäßige Mitarbeit für die verschiedenen Gebiete heranzuziehen. Der zentralistische und juristische Beirat für den einzuhaltenden Marktmautkoeffizienten hat das Recht und die Pflicht, nach Bedarf reichmäßige Mitarbeit für die verschiedenen Gebiete heranzuziehen. Das in der Konferenz am 18. Januar beschlossene Maßnahmenbleibt als Grundlage der Sozialisierung bestehen. Die Massen sind, soweit sie nicht bereits stattgefunden haben, auf Grund des dort beschlossenen Maßnahmenfortzusetzen. Sie müssen bis zum 1. Februar 1919 beschlossen sein. Sämtliche armenden Arbeiter- und Soldatenräte vereinigen sich durch ihre Vertreter, voraussichtlich jedem Widerstand entgegen die Massen, wie auch die Sozialisierung überbrückt, mit aller Kraft entgegenzutreten. Auf dem Namen des in dieser Resolution verankerten Aktionsprogramms soloson alle drei sozialistischen Parteien gemeinsam arbeiten zu können. Die Arbeiter- und Soldatenräte vereinigen sich für unbedingte Mutterkatholikat und Mutterkatholiken, wenn die Sozialisierung durchgeführt und sie nicht durch die Einsichtung der Truppen gestört wird.

Aus Nah und Fern.

Die Arbeitslosen Zahl in Groß-Berlin ist auf 173 640 Personen gestiegen. In dem übrigen zum Lebensmittelpunkt Groß-Berlins gehörigen Orten zählte man 16 000 Arbeitslose.

Wie man als Bürgermeister durchhält. Eine 18jährige Konfördittin in Dortmund holt sich als Ansiedlung des Kriegsbeschädigtenbüromarktes beschafft und darauf große Mengen Butter bezogen. Nur das Großkammer nahm sie zu ihrer Kundin an, ihr Kriegsbeschädigter Bürgermeister a. D. Kahl, und beträgt lästige anderen Unternehmern hätten es ebenfalls gemacht. Bürgermeister a. D. Kahl habe in jedem Wirtschaftsmehrere hundert Fleisch- und Buttermarken von ihr verlor und auch beformen. Kahl lehnte es ab, sich zu äußern. Er wurde seiner Stellung enthoben.

Ein ergonomischer Fernbauer. Dr. Harald Postau in Hamburg erschien im Interessentreffen des „Hamb. Körchr.“ folgenden Schlußversus: „Ich bitte diejenigen, denen gleich wie mir das Herzen des unglücklichen Krebskranken am Kassettentisch liegt, und die mit mir möchten, doch an Seine Majestät zum Geburtstage ein Reichen innerbrüderlichen Krebs gelangt zu sterben, mit zu dem Versuch der Abwendung einer Erbfeindesberedsame und eventuell einer künstlichen Erbfeindesabreise zum 27. Januar Ihre Zusammensetzung mitzuteilen.“ — Schweißweder wird es immer geben.

Schüchtern. Im Schweißkunst Haushalt wurden drei Wagonen Wein beschlagnahmt, die von zwei Kriegsbeschädigten verloren werden sollten. Als die Kriegsbeschädigtenkasse von der Polizeiauthörliche Kenntnis erhielt, verfügte der Verband von den Klassenträgern an im Bahnhof beschädigte Soldaten und das Publikum höchere Bestände. — Ein Mann, dessen Inhalt mit „Tornills“ gefüllt war, sollte von der Polizei Ostern in München nach München abgeführt werden. Die Polizei durchsuchte den Fußboden des Wagens und entdeckte 200 Zigaretten, die ein Wiblinger Händler nach München überweisen wollte.

10 200 Meter Höhe im Flugzeug erreichten zwei englische Fliegereisegesellschaften in Ipswich (Suffolk). Mit dieser Leistung wurden gleichzeitig zwei Weltrekorde verbreitet und zwar der des Deutschen Rittern R. Schroeder von 8815 Metern im Einzelsegeln.

und der Passagierrekord des Oberlt. Keller (Amerika) von 7182 Metr.

Eine Lebensmittelpende für arme Kinder Münchens, bestehend aus vier Lastwagen, ist in München aus Italien eingetroffen. Die italienische Republik hat mitgeteilt, daß die Reis- und Milchlieferungen für die armen Kinder gratis gegeben werden.

Theater und Musik.

Stadttheater. „Sigurd Braa“, Schauspiel in 4 Akten von Johan Bojer. Es ist ein seltsamer Mensch, dieser Fabrikdirektor Sigurd Braa, der glücklich, erfolgreiche Erfinder und Lebensgenießer, der bei aller Hilflosigkeit doch im Grunde ein naiver Typ bleibt, der Arbeitserfinder und zugleich Gegner der Freiheit der Arbeiter ist, der im Kampf mit dem bösen Donatist-Zantanten zwar siegt, aber schließlich leichter selbst den Weg zum Süden führt. Zum zweiten steht Frau Eli, die, wie man gleich im ersten Akt erhört, nur noch wenige Monate zu leben hat, aber diese Migräne noch durchs Leben tanzt, auf daß ihr Gatte sich nicht bewege. Ihre etwas mühselner denkende Mutter kann die Bilder, die zwischen in Erinnerung an schöne Stunden, nicht verstehen. Sie teilt in dieser Beziehung die Anschauungen eines großen Teiles des Publikums. Im Ganzen macht das Schauspiel das recht langwährende Szenen aufweist und ohne jede dramatische Wirkung bestehen. Das ist ein großer Fehler, den es nicht innerlich erlebt, sondern nur fühlbar kontrastiert ist. Die Charaktere sind oberflächlich gezeichnet. Man denkt dabei an Bildernbruch, wenn er modern sein wollte, oder an Szenenmenn, die sich viel besser auf dies fach verstehen. Herr Bojer ist sich dem Sigurd Braa schief umrisse zufrieden, nur in seinem Weinen das Glück hat, Strahlende nicht zu sein. Für die Eli fand Frau Braun weide innige Töne. Ein unglaublich anecklich sozialistischen Revolverblattredakteur wie Herr Krause recht gereicht. Polternd, lautend und großsprechend ist der Verfaßer es, welche Herr Bueder, der Sprechende, nicht von der Kultur befreit, sondern eher von der Kultur befreit, das sie Sittelbriefe an heilige Firmen verfasst. Die Ortsgruppe Lübeck des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer erachtet es für ihre Pflicht, die Lübecker Bevölkerung auf das strafbare Treiben dieser freien Vereinigung a la Ehrenkund am Samstag zu machen und zu bitten, genannter Vereinigung wieder Unterstützung noch Beachtung zu schenken, da diese Vereinigung nachgewiesenhaft die Interessen nicht einmal ihrer eigenen wenigen Mitglieder vertritt, sondern nur zu geschicklichen Manipulationen gewillten Personen dient. Kriegsbeschädigte und ehemalige Kriegsteilnehmer, Kameraden, wolle Ihr Eure Rechte gewahrt wissen, wolle Ihr, daß wir eine Kontrolle über die Ludendorff-Spende bekommen, wollt Ihr, daß wir eine bessere wirtschaftliche Lage für die Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer bekommen, wollt Ihr, daß wir eine bessere Arbeitssituation für Kriegsbeschädigte durch den Landesauskunft bekommen, wollt Ihr, daß man uns nicht mit Spionage bestraft, dann, Kameraden, alle gewesene Soldaten, jeder dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer, Ortsgruppe Lübeck, Biederstraße 119, kommt in Wassen am Sonntag, dem 23. Januar, vormittags 10 Uhr, in die große öffentliche Versammlung ins Gewerbehofhaus.

P. L.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion vom Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Kriegsbeschädigten-Organisation.

Neben der großen und starken Organisation der Kriegsbeschädigten, Ortsgruppe Lübeck des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer (Sitz Berlin), besteht noch eine im Vorbergen blühenden Sonderorganisation, die sich den tollen Namen „Freie Vereinigung Kriegsbeschädigter im Freistaat Lübeck“ beigelegt hat, die aber nur einseitiger Sonderinteressen bestimpter Mitglieder dient und ihre Tätigkeit nach außen nur dadurch bestätigt, daß sie Sittelbriefe an heilige Firmen verfasst. Die Ortsgruppe Lübeck des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer erachtet es für ihre Pflicht, die Lübecker Bevölkerung auf das strafbare Treiben dieser freien Vereinigung a la Ehrenkund am Samstag zu machen und zu bitten, genannter Vereinigung wieder Unterstützung noch Beachtung zu schenken, da diese Vereinigung nachgewiesenhaft die Interessen nicht einmal ihrer eigenen wenigen Mitglieder vertritt, sondern nur zu geschicklichen Manipulationen gewillten Personen dient. Kriegsbeschädigte und ehemalige Kriegsteilnehmer, wolle Ihr Eure Rechte gewahrt wissen, wolle Ihr, daß wir eine Kontrolle über die Ludendorff-Spende bekommen, wollt Ihr, daß wir eine bessere wirtschaftliche Lage für die Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer bekommen, wollt Ihr, daß wir eine bessere Arbeitssituation für Kriegsbeschädigte durch den Landesauskunft bekommen, wollt Ihr, daß man uns nicht mit Spionage bestraft, dann, Kameraden, alle gewesene Soldaten, jeder dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer, Ortsgruppe Lübeck, Biederstraße 119, kommt in Wassen am Sonntag, dem 23. Januar, vormittags 10 Uhr, in die große öffentliche Versammlung ins Gewerbehofhaus.

E. Müller, 2. Schriftführer.

Berantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwach, Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

"Und du, Mutter?"

"Kann ich denn anders?" lächelte diese. "Das geht ja wie im Sturm!"

"Der hat uns beide auch zusammengetrieben, liebe Mutter, drum sind wir nun so hämisch!"

"Ja, ja, so sind verliebte Menschen," seufzte die Bäuerin auf. Nach kurzem Sinnen fragte sie dann: "Habt Ihr denn Mutter Heie ganz vergessen? Wer besorgt denn all die notwendigen kleinen Gänge noch?"

"Das überlässt nur getrost mir," legte Friedel bewegt. "Noch heute aber will ich das Rötige veranlassen." Damit setzte er einen Hut auf und der Bäuerin in seinem wieder durchdringenen Glücksgefühl einen herzhaften Kuss auf den Mund deutend, eilte er mit seiner Braut aus der Stube.

In dem stillen Hausflur tauschten sie noch schnell einige Küsse aus. Dann sah von seinem Bett losreißend, flüsterte er ihr ins Ohr: "Also Weihnachten!" und fort war er.

Kapitel 21.

Zehn Jahre waren ins Land gegangen — eine kurze Spanne Zeit in unserem hastenden Weltgetriebe. Und dennoch! Was war nicht in dieser kurzen Zeit aus dem sonst so stillen, ruhigen Sebnitz geworden!

Seitdem die Bahn den Ort durchquerte, bemächtigte sich ein ganz anderes Leben und Treiben der ganzen Einwohnerschaft. Handelsleute aus allen Richtungen stellten sich ein und eröffneten Verkaufsstellen ihrer Waren. Alte Häuser wurden niedrigerissen um wieder gröberen Platz zu machen und bald bauten sich schon einfache Straßenzüge.

Im Mittelpunkt dieses ganzen emsig schaffenden Fleisches stand aber, außer der bereits bestehenden Weberei, unstrittig die mächtig emporklimmende Bauerngenossenschaft oben an. Was Friedel erreicht und mit eisernem Fleische erstrebt hatte, war in Erfüllung gegangen. Die Gehärde des Hofs waren verdoppelt worden. Mehrere freundliche Wohnhäuser zogen sich in kurzen Abständen wie ein Kranz um das große Geschäft und in kurzer Entfernung von dem Gange war ein großartiger Meiereibetrieb errichtet worden. Mit freudigem Stoße konnte Friedel den ganzen gewaltigen Betrieb als sein von ihm selbst geschaffenes Werk betrachten.

Freilich, ohne manch herbe Enttäuschung war es doch dabei nicht abgegangen. Die größten Sorgen hatte er darin gehabt, daß es zu Anfang an dem geeigneten Menschenmaterial fehlte. Und ein solch groß durchdachtes ideales Werk vollbringen zu können, dazu gehörten auch wirklich ideal angelegte Arbeitsgenossen, die voll und ganz Friedels Pläne erfassen und sich darin vertiefen konnten.

Fortsetzung folgt.

"So, liebe Kinder, mit ist ganz wirt im Kopfe geworden," sagte sie lächelnd. "Das verstehe ich alles nicht mehr. Es sind jetzt wohl überall andere Zeiten geworden. Aber das eine begreife ich doch, daß du, mein Sohn, etwas Großes und Gutes vorhast. Auch an mir solls nicht liegen, wenn etwas hindernd in den Weg läuft. Ich bin mit deinem Vorschlag zufrieden, schon deshalb, weil ich dann stets bei unserem kleinen Buden sein kann, der mir so sehr ans Herz gewachsen ist."

"So wäre ja dann alles soweit in bester Ordnung!" rief Friedel hochbegnügt aus. "Ich hoffe zuvorsichtlich. Mutter, daß auch Ihr noch an Eurem einzigen Sohn erfreut werdet und Guernhüttens Entschluß niemals zu beruhen braucht. — Das als wäre nun der rein geschäftliche Teil," fuhr Friedel plaudernd fort.

"Und da wir nun einmal gerade dabei sind, so möcht ich vorholen, daß die Hochzeit schon am Weihnachtstage stattfinden möge."

Die Bäuerin sah verwundert auf. "Am Weihnachtstage? — Ja, wollt Ihr denn nicht lieber das übliche Trauera Jahr abwarten?"

"Nein, Mutter, daran stoße ich mich nicht," sagte Friedel ernst. "Ich handle nach dem Herzen und nach dem Gefühl. Menschen die Leute darüber reden so viel sie wollen. Ich hätte diese genannten Gesellschaftsformen, die nur dem Neueren einen Wert verleihen, während das Herz salt dabei bleibt. Das ist aber doch gerade das Verfehlte dabei. Bei mir kommt erst das Herz, und das sagt mir, daß ich recht handle, wenn ich so rasch wie möglich unseres Sohns vor der Welt meinen Namen gebe, damit die Leute eben keinen Grund zum überflüssigen Gerede mehr haben. Lasst mir gut sein, Mutter," lachte er fröhlich, als er dem dankbaren Bild seiner Braut begegnete, "zum üblichen Ende werde ich wohl den Leuten noch manchen Grund dazu geben."

"Wieso denn das?" fragte neugierig Friedel, während die Bäuerin.

"Kunst, erstens wird meine Trauung mit meinem We

Nachtragsbekanntmachung

Nr. F. R. 800/12. 18. K. R. II.

zu der Bekanntmachung Nr. F. R. 1/12. 18. K. R. II.

(Nr. F. R. 1017/11. 18. K. R. II.)

Im Auftrage des Reichsamts für die wirtschaftliche Entwicklung wird folgendes angeordnet:

Artikel I.

In der Bekanntmachung Nr. L. 700/7. 17. K. R. II., betreffend Höchstpreise von rohen Grischwühäuten und Rohhäuten vom 20. Oktober 1917 sowie der Bekanntmachung Nr. L. 700/11. 18. K. R. II., betreffend Höchstpreise für Kalb-, Schaf-, Lamms- und Ziegenfelle, vom 20. Dezember 1916 erhält der § 2a folgenden Zusatz:

Die Sammelleiste zieht jedoch wie bisher von dem nach Absatz 1 errechneten Kaufpreis eine Gebühr von $\frac{1}{4}$ v. H. für Grischwühäute, $\frac{1}{2}$ v. H. für Kalb-, Schaf- und Lammsfelle und 1 v. H. für Ziegen- und Zitellfelle zu Kosten ihrer Güterlieferer ab.

Artikel II.

Die Bekanntmachung Nr. L. 700/7. 17. K. R. II., betreffend Höchstpreise von rohen Grischwühäuten und Rohhäuten, vom 20. Oktober 1917 erhält folgenden Zusatz:

Die Verteilungsstelle hat den ihr angekündigten Herbeiziehen für alle über die Novemberquote hinaus erfolgenden Zuteilungen von Fellen den Preis zu berechnen, der sich aus der Bekanntmachung § 2 Nr. F. R. 1/12. 18. K. R. II. (sauh F. R. 1017/11. 18. K. R. II.) vom 20. November 1918 ergibt, zugesagt eines Aufschlages von 1 v. H.

Für die Herbeiziehen, die Häute über die Novemberquote hinaus bereits zugerechnet und nicht gemäß Absatz 1 berechnet erhalten haben, hat die Verteilungsstelle den durch Absatz 1 vorgegebene Preis bei der nächsten Zuteilung zu erhöhen. Die Erhöhung beträgt so viel, als der Preis für die bereits zugerechnet und berechneten Häute höher gewesen wäre, wenn die Berechnung gemäß Absatz 1 erfolgt wäre. In besonderen Fällen darf die Verteilungsstelle die Erhöhung auf mehrere Güterlinien verteilen.

Artikel III.

Die Bekanntmachung Nr. L. 700/11. 16. K. R. II., betreffend Höchstpreise für Kalb-, Schaf-, Lamms- und Ziegenfelle, vom 20. Dezember 1916 erhält folgenden Zusatz:

Die Verteilungsstelle hat den ihr angekündigten Herbeiziehen für alle über die Novemberquote hinaus erfolgenden Zuteilungen von Fellen den Preis zu berechnen, der sich aus der Bekanntmachung Nr. F. R. 1/12. 18. K. R. II. (sauh F. R. 1017/11. 18. K. R. II.) vom 20. November 1918 ergibt, zugesagt eines Aufschlages von 1 v. H.

Für die Herbeiziehen, die Häute über die Novemberquote hinaus bereits zugerechnet und nicht gemäß Absatz 1 berechnet erhalten haben, hat die Verteilungsstelle den durch Absatz 1 vorgegebene Preis bei der nächsten Zuteilung zu erhöhen. Die Erhöhung beträgt so viel, als der Preis für die bereits zugerechnet und berechneten Häute höher gewesen wäre, wenn die Berechnung gemäß Absatz 1 erfolgt wäre. In besonderen Fällen darf die Verteilungsstelle die Erhöhung auf mehrere Güterlinien verteilen.

Artikel IV.

In der Bekanntmachung Nr. L. 111/7. 17. K. R. II., betreffend Beleidungsdrähte, Schindung, Verwendung und Meldepflicht von rohen Grischwühäuten und Rohhäuten vom 20. Oktober 1917 erhalten die Ziffern 3 und 4 folgende Fassung:

a) Von einer Hänterverwertungs-Vereinigung an einen von der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Preußischen Kriegsministeriums zugelassenen Verband von Hänteverwertungs-Vereinigungen, d. h. an einen von der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Preußischen Kriegsministeriums zugelassenen Großhändler.

b) Von einem von der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Preußischen Kriegsministeriums zugelassenen Großhändler oder von einem von der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Preußischen Kriegsministeriums zugelassenen Verbände von Säumerverwertungs-Vereinigungen an die Sammelleiste (§ 5), jedoch höchstens am fünften Montag des Monats der jeweils vorangegangenen Anfangsmonats gemeinsame Gefälle.

c) Von einem von der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Preußischen Kriegsministeriums zugelassenen Verbund von Säumerverwertungs-Vereinigungen oder von einem zugelassenen Großhändler an die Sammelleiste (§ 5), jedoch höchstens am fünften Montag des Monats der jeweils vorangegangenen Anfangsmonats gemeinsame Gefälle.

Artikel V.

In der Bekanntmachung Nr. L. 111/11. 16. K. R. II., betreffend Beleidungsdrähte, Schindung, Verwendung und Meldepflicht von rohen Grischwühäuten, Schaf-, Lamms- und Ziegenfellen sowie von Zeder-Zippern, vom 20. Dezember 1916 erhalten die Ziffern 3 und 4 folgende Fassung:

e) Von einer Hänterverwertungs-Vereinigung, die einem von der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Preußischen Kriegsministeriums zugelassenen Verbund von Hänteverwertungs-Vereinigungen angehört, an diesen Verbund; von einer Säumerverwertungs-Vereinigung, die seinem zugelassenen Verbund im § 3b an einer zugelassenen Großhändlerin im Bereich jedes Kreishandels am fünfzehnten Tage des Monats der Anfangsmonats gemeinsame Gefälle.

f) Von einem von der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Preußischen Kriegsministeriums zugelassenen Verbund von Säumerverwertungs-Vereinigungen oder von einem zugelassenen Großhändler an die Sammelleiste (§ 5), jedoch höchstens am fünften Montag des Monats der jeweils vorangegangenen Anfangsmonats gemeinsame Gefälle.

Artikel VI.

Zum Artikel VI der Bekanntmachung Nr. F. R. 1/12. 18. K. R. II. (sauh F. R. 1017/11. 18. K. R. II.) gilt der Grundzettel der laufenden Nummer 1a der Freizeitzeitung nicht für ein Quadratmeter Holzleimfarben, sondern für 1 kg Holzgewicht.

Artikel VII.

Die Bekanntmachung Nr. F. R. 1/12. 18. K. R. II., die teilweise auf die Nummer F. R. 1017/11. 18. K. R. II. trägt, erläutert ebenfalls die Nummer F. R. 1/12. 18. K. R. II.

Artikel VIII.

Die Bekanntmachung tritt am 25. Dezember 1918 in Kraft. Berlin, den 25. Dezember 1918.

Kriegs-Rohstoff-Abteilung.

Weltkriegsamt.

Gasthof am Kreuzweg

Secretz.

Tanz - Kränzchen

am Sonntag, dem 26. Jan.

Anfang 5 Uhr. (8846)

Dortz. 1ab. f.d.l. ein Emil Gordts.

NB. Am Sonntag, dem 2. Febr.:

Großer Maskenball.

Arbeiter-Turnverein**Schlutup.****Versammlung**

Sonnabend, den 25. Januar.

abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Linde“ (Saborowski).

1. Vorstandswahl, 2. Beratungs-

sache, 3. Verschiedenes.

Die alten Mitgliedsbücher

mitbringen, es ist erlaubt.

8844) Der Vorstand.

Arbeiter Deutschland!

Die unterzeichneten Lehrer der Wirtschaftswissenschaft an den deutschen Hochschulen sehen in Euch die Hoffnung auf eine bessere Zukunft unseres unglücklichen Vaterlandes. Mit allem, was sie gelernt haben, werden sie freudig daran mitarbeiten, daß Deutschland in der Ausgestaltung der Grundsätze der Freiheit und Gleichheit, als soziale Republik vorbildlich hervorleuchtet unter allen Staaten. Aber dieses große Ziel ist nicht von heute auf morgen zu erreichen. Zunächst muß der viel verzweigte Apparat unseres Wirtschaftslebens für die friedliche Produktion wieder hergerichtet werden. Das ist bei einer Arbeiterschaft von Millionen an sich eine unendlich schwierige Aufgabe, und sie ist durch die überstürzte Demobilisierung und die Fortdauer der Blockade fast bis zur unlösbarkeit weiter erschwert worden. Darum helft in Eurem eigenen Interesse die Vorbereitung für alles Welfere zu schaffen. Folgt Euren Gewerkschaften und Gewerbevereinen, die mit der deutschen Friedensproduktion so gut vertraut waren und daher wissen, worauf es in dieser furchtbaren Not ankommt. Gelingt es nicht, die heutige Unordnung schnell zu überwinden und das deutsche Wirtschaftsleben bald wieder in vollen Gang zu bringen, dann müßt Ihr alle Eure Hoffnungen begraben. Dann kommt für lange Zeit ein namenloses Elend über unser ganzes Volk und ganz besonders über Euch und Eure Kinder. Erst muß die Arbeit wieder in Gang sein, erst dann kann sie neu geregt werden. Zeigt, daß Ihr den großen Aufgaben der Revolution gewachsen seid, rechtzeitig das Vertrauen, das gerade wir in Eure Einsicht und Besonnenheit, Eure Bildung und Selbstbeherrschung setzen. Stellt mit Hilfe Eurer bewährten Gewerkschaften und Gewerbevereine Ordnung wieder her, ohne die keine Freiheit und ohne die kein Fortschritt denkbar ist. Dann werdet Ihr etwas Großes schaffen, das als Vorbild vor der Menschheit stehen wird. Sonst gibt es einen Zusammenbruch, von dessen abschreckender Furchterlichkeit Ihr Euch kaum ein Bild machen könnt. Nur Ihr könnt helfen! Helft schnell! Helft alle!

Die Professoren der Wirtschaftswissenschaft an den deutschen Hochschulen.

Altmann (Heidelberg),
Brentano (München),
Eckbacher (Berlin),
Harms (Kiel),
Hesse (Königsberg),
Hoening (Berlin),
Loesch (Tübingen),
Loch (München),
Liebmann (Freiburg),
Mombert (Freiburg),
Manes (Berlin),
Oldenburg (Göttingen),
Piersdorff (Jena),
v. Schanz (Würzburg),
v. Schulze-Gaevernitz (Freiburg),
Schumacher (Berlin),
Sering (Berlin),
Sommer (Berlin),
Stieda (Berlin),
Loennies (Kiel),
Troelsch (Marburg),
Adolf Weber (Breslau),
v. Weise (Köln),
Wilbrandt (Tübingen),
Alfred Weber (Heidelberg),
Heckner (Berlin),
folgen 32 weitere Unterschriften.

Zentralverband der Handlungshelfer

Ortsgruppe Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Sonnabend, 25. Januar

abends 8 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50-52.

8844) Die Ortsverwaltung.

Bekanntmachung
betreffend Fischverkauf.

Zur Abhöhn 2 des Fischkartenheftes tritt von morgen ab in Gültigkeit.

Auf Abhöhn 1 dürfen bis auf weiteres Fische und Fischwaren noch abgegeben und entnommen werden.

Lübeck, den 22. Januar 1919. (8842)

Das Landesversicherungsamt

Bei der Ersatz-Eskadron, Husarenregiment 15, Wandsbek, befinden sich eine Anzahl Panzerwagen und Geschütze, welche an Verbraucher meistbiedend abgegeben werden können. Der Verkaufszeitpunkt ist für Donnerstag, den 30. Januar 1919, vormittags 10 Uhr, festgesetzt. Interessenten müssen sich zur festgesetzten Zeit auf dem Hofe der neuen Kaserne in Wandsbek beim Husarenregiment 15 melden.

Regierung.

Ents. den 17. Januar 1919.

Auf Grund des § 4 der Bundesratsverordnung vom 29. August 1915 über ein

Schächtverbot für fröhliche Kühe und Sauen

und unter Aufhebung der diesbezüglichen Bekanntmachung vom 11. Dez. 1918 wird bestimmt:

Das Schächten sämtlicher in diesem Jahre geborenen und noch geboren werden Schätzlämmchen und Ziegenmutterlämmchen wird bis weiter verboten.

Das Verbot findet seine Anwendung auf Schätzungen, die erfolgen, weil es befürchtet ist, daß das Tier an einer Krankheit verenden werde, oder weil es infolge eines Unglücksfallen sofort getötet werden muß. Solche Schätzungen sind innerhalb 24 Stunden nach der Schlachtung der Regierung anzugeben.

S. 3. Einzelheiten von diesem Verbot können aus dringenden tierärztlichen Gründen zugelassen werden.

S. 4. Auszeichnungen gegen diese Anordnung werden gemäß § 5 der oben genannten Bundesratsverordnung mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft.

Dr. Meier.

Gefucht zu sofort

2 grösster Saalaboden

für leichte Schätzungen. Zu

meisten 1. Woche 15 b,

8844) Sonto Unterhaus.

Soz. 1. 2. Damen-Schmit-

tele, Gr. 40 und 1. P. Herren-

Schule, Gr. 44. (8842)

Arieleiter 9. 2. Et.

Gärtnerwagen s. verkauf.

8844) Gras-grube 52. 1. Et.

Gärtnerwagen abholen

(gebaut), zu kaufen gesucht.

Anreise von Preßlang unter

G. 123 an die Grp. d. Bl./8842

Speck, Schinken, Wurst

zu verkaufen.

F. Fahrz. 10. 2. Et.

Itali. Mandoline

zu verkaufen.

8844) S. 1000 in der Grp. d. Bl.

Gärtnerwagen zu verkaufen.

8844) S. 1000 in der Grp. d. Bl.

Gärtnerwagen zu verkaufen.

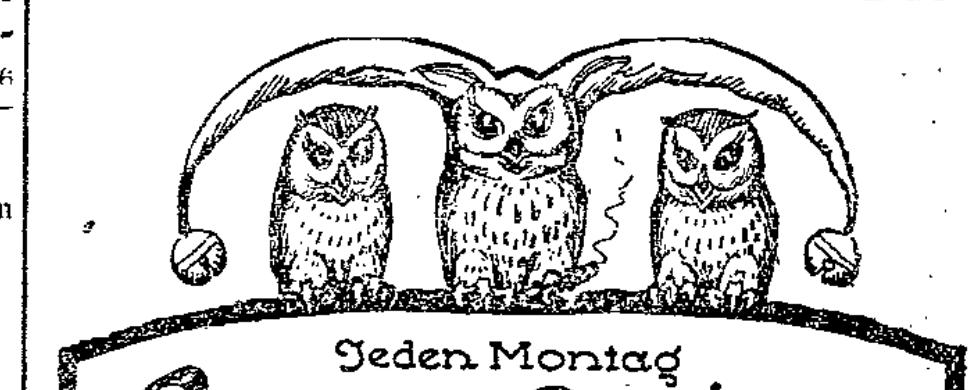
Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.

e. G. m. b. H.

Achtung, Mitglieder von Stockelsdorf und Fackenburg.

Die neuen Kundenlisten liegen aus. Wollt Ihr den Konsumverein unterstützen, dann tragt euch alle ein und werbt für neue Mitglieder.

8857) Der Vorstand.

**Lustige Blätter**Einzelnummer 50 Pf.
Vierteljährlich 6-Mark
probenummer 50 Pf.

Verlag der „Lustigen Blätter“ in Berlin 370. 66.

Bilderleisten

einrahmungen

Oscar Tauchnitz, Glashandlung.

Fleischhauerstr. 25. Fernnr. 5004.

Arbeitgeber

ca. 1000000000

ca. 1000000000

ca. 1000000000